

„Spätkapitalismus“ oder „Wissengesellschaft“?

Debatten und Kontroversen um Zeitdiagnosen und Gesellschaftsbegriffe sind so alt wie die Soziologie selbst. Das Label Wissensgesellschaft steht für die gegenwärtig populärste Zeitdiagnose. Damit soll erstens eine unumkehrbare Entwicklung in Richtung eines „dritte(n) gewaltige(n) Paradigmenwechsel(s) in der Geschichte der Menschheit“¹ bezeichnet werden; zweitens soll sich dieser auf verschiedene Sphären der Gegenwartsgesellschaft – Ökonomie, Politik, Bildungsinstitutionen und Kultur – gleichzeitig beziehen. Unter dem Etikett Wissensgesellschaft werden zugleich Diskurse fortgeführt und Argumente vorgetragen, die in den Debatten um die Globalisierung oder das Ende des Nationalstaats auftauchen, mithin als Strukturmerkmale spätkapitalistischer Gesellschaften diskutiert wurden.

Zwei zentrale Implikationen sollen im Vordergrund stehen: *Erstens* die These, der zufolge Wissensgesellschaften sich durch eine bereits durchgesetzte Leistungsgerechtigkeit – insbesondere im Bildungssystem – sowie durch gesamtgesellschaftlich gestiegene Handlungsoptionen auszeichneten; *zweitens* die Behauptung, dass diese mittelfristig zu einer Nivellierung sozialer Ungleichheit führten, weil Wissen durch alle Schichten diffundiert und die sozialen Akteure über Konzepte wie „lebenslanges“, „lebensbegleitendes“ oder „selbstgesteuertes Lernen“ Methoden zur individuellen Nutzung des gesellschaftlichen Optionszuwachses an die Hand bekämen.²

I. Wissensgesellschaft – Charakteristika einer Debatte

Sowohl in der öffentlichen Diskussion um das Label Wissensgesellschaft als auch in der sozialwissen-

Ich danke sehr herzlich Ullrich Bauer für die überaus produktive und kritische Begleitung der Gedanken dieses Beitrages. Ferner möchte ich mich bei allen jenen bedanken, die mir hilfreich mit Kommentaren und Anregungen zur Seite standen.

1 Meinhard Miegel, Von der Arbeitskraft zum Wissen. Merkmale einer gesellschaftlichen Revolution, in: Merkur, 55 (2001) 3, S. 203.

2 Vgl. den Beitrag von Paul Baltes in diesem Heft.

schaftlichen Theoriedebatte wird davon ausgegangen, dass es sich bei den Veränderungen, auf die der Begriff verweisen soll, um irreversible Prozesse und Phänomene handelt. Der gesamtgesellschaftliche Trend von modernen westlichen Industriegesellschaften hin zu „Wissengesellschaften“ wird als unumkehrbare Entwicklung, mithin als epochaler Wandel konzipiert.³ Der konstatierte Wandel bezieht sich dabei auf verschiedene Dimensionen und Strukturmomente der Gegenwartsgesellschaften:

1. *Ökonomie*: Die Veränderungen innerhalb der ökonomischen Sphäre haben in der Wissensgesellschaftsdebatte einen zentralen Stellenwert. Als entscheidender Strukturwandel wird der relative Bedeutungsverlust des produktiven und die Aufwertung des tertiären bzw. Dienstleistungssektors angesehen. Dabei wird nicht etwa die unmittelbare Produktion von Waren gesamtgesellschaftlich unwichtiger, sondern um die Herstellung von Gütern gruppieren sich „wissensintensive“ produktionsbegleitende Dienstleistungen wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung, Design, Logistik, Marketing, Beratung und Service. Die arbeitsintensive Warenproduktion wird einerseits stärker als zuvor in Länder mit günstigerer Lohnkostenstruktur verlagert, andererseits wird Arbeitskraft durch modernere Maschinen ersetzt⁴. Im Zusammenhang mit der Tertiarisierung der

3 Vgl. u. a. für den öffentlichen Diskurs: Innovationen für die Wissensgesellschaft. Förderprogramm Innovationstechnik, hrsg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn 1998; Rahmenkonzept „Forschung für die Produktion von morgen“, hrsg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn 1999; sowie für die sozialwissenschaftliche Debatte z. B. Nico Stehr, Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften, Frankfurt/M. 1994, S. 11.

4 Vgl. zur These von der Tertiarisierung der Produktion u. a. Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt/M. 1995; Knut Hinkelmann/Werner Weiss, Wissensmanagement. Pflege und Nutzung des intellektuellen Kapitals eines Unternehmens, in: Andreas Dengel/Welf Schröter (Hrsg.), Flexibilisierung der Arbeitskultur. Infrastrukturen der Arbeit im 21. Jahrhundert, Möslingen-Talheim 1997, S. 163–186; Hagen Krämer, Zur Tertiarisierung der deutschen Volkswirtschaft, in: Klaus Mangold (Hrsg.), Die Welt der Dienstleistung. Perspektiven für Arbeit und Gesellschaft im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 1998, S. 171–216; Reinhold Weiß, Auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft

Produktion ist eine Verkürzung der Produktionszyklen, die nicht zuletzt auf die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion zurückgeht, beobachtbar.

Über die Veränderungen in der unmittelbaren Produktionssphäre hinaus ist für die „wissensgesellschaftliche“ Ökonomie der rasante Bedeutungszuwachs der Devisen-, Finanz- und Kapitalmärkte von Bedeutung. Auf der Grundlage der modernen Informations- und Kommunikationstechnik hat sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine „symbolische Ökonomie“ herausgebildet, die sich von der Warenproduktion weitgehend entkoppelt hat und immer nachhaltiger die wirtschaftlichen Trends von Nationen bestimmt.

Wissen wird in Wissensgesellschaften aufgrund der beschriebenen Entwicklungen in zweifacher Weise als *unmittelbarer Produktionsfaktor* begriffen: *erstens* in Form von in Organisations- und Managementstrukturen gespeichertem Wissen, das für die Produktionsprozesse im Zuge der Tertiarisierung der Warenproduktion entscheidend wird; *zweitens* wird Wissen auf globalisierten Devisen-, Finanz- und Kapitalmärkten in Form einer permanenten Informationsselektion zur essenziellen Ressource für wirtschaftlichen Erfolg.⁵

2. *Politik*: Die Frage nach der politischen Steuerbarkeit von Wissensgesellschaften wird in der Debatte seit den siebziger Jahren diskutiert.⁶ In Wissensgesellschaften sind die politischen Akteure immer stärker auf das Expertenwissen von professionellen Beratern und Ratgebern angewiesen, nicht zuletzt, um politische Entscheidungen zur Legitimationsbeschaffung an wissenschaftliche Expertise rückzubinden.

Die Handlungsspielräume der politischen Entscheidungsträger scheinen vor allem durch die Veränderungen in der ökonomischen Sphäre erheblich eingeschränkt zu sein. Durch die enorme Flexibilität der Kapital- und Finanzströme und die daraus resultierende Ausweitung von ausländischen Direktinvestitionen konkurrieren Nationalstaaten in stärkerem Maße als noch in den siebzi-

schaft – Einführung und Überblick in 12 Thesen, in: ders. (Hrsg.), *Aus- und Weiterbildung für die Dienstleistungsgesellschaft*, Köln 1997, S. 11–37.

5 Wissen bezeichnet hier eine „begriffene und zweck- und zielorientiert verwendete Information“. K. Hinkelmann/W. Weiss (Anm. 4), S. 167.

6 Vgl. bereits Daniel Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M. – New York 1985 [Org. 1973], Kap. IV; vgl. auch Nico Stehr, *Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Die Stagnation der Macht und die Chancen des Individuums*, Weilerswist 2000, bes. Kap. 6.

ger Jahren um ausländische Investoren. Dabei werden die durch die ArbeiterInnenbewegung erstrittenen sozialen Sicherungssysteme und Teilhaberechte in allen westlichen Industriestaaten zurechtgestutzt. Auf der Basis einer antikeynesianischen, neoliberalen Wende in der Wirtschaftspolitik werden wichtige gesellschaftliche Bereiche durch Privatisierungen der politischen Steuerung weitgehend entzogen. Dazu zählen zum Beispiel die Energieversorgung, der Verkehrsbereich, die Gesundheitsversorgung und in einer wachsenden Zahl von Ländern (zurzeit vorrangig USA, Großbritannien) sogar der Strafvollzug oder die Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden⁷. Das politische Feld ist im Zuge der Veränderungen, auf die das Label Wissensgesellschaft verweist, in dieser Hinsicht einem grundlegenden Wandel unterworfen.⁸ Zum vorherrschenden Politikmodell avanciert die Deregulierung und die Einführung flexibler Strukturen auch innerhalb der politischen Bürokratien, weil, wie in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Auftrag gegebenes Gutachten betont wird, „staatliche Regulierungen . . . die Ausnutzung von Innovationspotenzialen (behindern)“⁹. Das konsensorientierte Modell des bürokratischen Vorsorgestaates wird ersetzt durch das konkurrenzorientierte Modell des neoliberalen „schlanken Staates“, der stärker auf die Eigenverantwortung der sozialen Akteure, mithin auf die Selbstzuschreibung von Erfolg und Misserfolg abhebt.¹⁰

3. *Bildung und Wissen*: Kaum eine gesellschaftliche Sphäre ist so eng mit dem Label Wissensge-

7 Vgl. zur neoliberalen Wende in Politik und Wirtschaft Keith Dixon, *Die Evangelisten des Marktes*, Konstanz 2000; ders., *Ein würdiger Erbe*, Konstanz 2000; Dieter Plehwe/Bernhard Walpen, *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung*, in: PROKLA, 29 (1999) 115, S. 203–235; Pierre Bourdieu, *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen den Neoliberalismus*, Konstanz 1998; ders. u. a., *Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik*, Hamburg 2001.

8 Vgl. u. a. Eric Hobsbawm, *Der Tod des Neoliberalismus*, in: Stuart Hall/Eric Hobsbawm/Martin Jacques/Suzanne Moore/Geoff Mulgan, *Tod des Neoliberalismus – Es lebe die Sozialdemokratie? Marxism Today: Eine Debatte*, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, (1999) 1.

9 Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Zusammenfassender Endbericht 1998. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, o. O. 1999, S. 16. [URL-Adresse: <http://www.zew.de/t198/t198.html>].

10 Dass die Politik der Deregulierung in den unteren Bereichen des sozialen Raums mit stärkerer staatlicher Regulierung als direkte Konsequenz der neoliberalen Politik einhergeht, wird in der Studie von Loïc Wacquant, *Elend hinter Gittern*, Konstanz 2000, gezeigt.

sellschaft verflochten wie das Feld der Schule und der Bildung.¹¹ Keine persönliche Ressource scheint unter wissenschaftlichen Bedingungen so wertvoll wie ein hinreichender Zugriff auf Bildung. Der gesamte Bildungsbereich erfährt spätestens seit den siebziger Jahren gesamtgesellschaftlich eine enorme Ausdehnung und Aufwertung. Das ist einerseits abzulesen an den umfangreichen staatlichen und privatwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, an Bildungsinvestitionen von Staat (Universitäten, Schulen, Weiterbildung) und Wirtschaft (Ausbildung, betriebliche Weiterbildung). Beispielsweise betragen die staatlichen und privatwirtschaftlichen Investitionen in die „Wissensbasis“¹² allein 1997 in Deutschland 312,5 Milliarden DM oder 8,6 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Andererseits ist die Bildungsbeteiligung und die Verweildauer in Bildungsinstitutionen auf ein bisher nicht gekanntes Maß gestiegen.

Unklar in der Debatte um Wissensgesellschaften ist, ob der technische Fortschritt den eigentlichen Motor dieser Entwicklung darstellt oder ob umgekehrt die massive politisch induzierte Bildungsexpansion in allen westlichen Industrienationen am Beginn der Wissensgesellschaft steht. In der zweiten, hier vertretenen Variante wird durch das gestiegene Angebot von hoch qualifizierten und gut ausgebildeten Personen die weitere Nachfrage nach wissensintensiven Fähigkeiten zum Teil selbst produziert. Die Annahme, dass Wissensgesellschaften ein unumkehrbarer, weil auf die technische Entwicklung bezogener Prozess seien, wird damit relativiert. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen, auf die das Label Wissensgesellschaft rekurriert, nicht durch den technologischen Wandel allein erklären und aus der Technikentwicklung abgeleitete Sachzwänge sich stärker als gemeinhin angenommen politisch regulieren lassen.

Zentral für den Kontext meiner Überlegungen ist, dass das Bildungssystem in Wissensgesellschaften einen herausragenden Stellenwert erhält und die

11 Mit Bildung ist hier in erster Linie anwendungs- und arbeitsmarktkompatibles Wissen gemeint. Zur genaueren Unterscheidung von Bildung und Wissen vgl. Klaus Kraemer/ Uwe H. Bittlingmayer, Soziale Polarisierung durch Wissen. Zum Wandel der Arbeitsmarktchancen in der „Wissensgesellschaft“, in: Peter A. Berger/Dirk Konietzka (Hrsg.), Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten, Opladen 2001, S. 313–329.

12 Damit sind Ausgaben für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sowie für Forschung und Entwicklung zusammengefasst.

Zuteilung von Lebenschancen nachhaltig prägt.¹³ Vor allem in der Schule sollen die sozialen Akteure für eine erfolgreiche Teilnahme in Wissensgesellschaften vorbereitet werden, indem sie neben den formalen (Hoch-)Schulabschlüssen Kompetenzen erwerben, die sich in Konzepten wie „lebenslanges“, „lebensbegleitendes“ oder „selbstgesteuertes Lernen“ abbilden. Der Bedeutungsgewinn des Bildungssystem korrespondiert mithin mit einer Zunahme der Anforderungen an soziale Akteure.

4. *Kultur*: Obwohl auch die kulturelle Sphäre unter wissenschaftlichen Bedingungen spezifischen Modifikationen unterworfen ist, wird sie in der Debatte um „Wissensgesellschaften“ stiefmütterlich behandelt. Dabei wäre es eine unzulängliche Einschränkung, würde man die Wissensgesellschaft nur mit einem Mehr an Wissenschaft, Technologie und Bildungsbeteiligung beschreiben.¹⁴

Wenn die Sphäre der Kultur in der Debatte überhaupt thematisiert wird, dann stets rückgebunden an die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien. Dem Medium Internet wird in diesem Zusammenhang die Eigenschaft zugeschrieben, kulturelle Hierarchien oder Hegemonien zu nivellieren, weil der Zugriff auf den „Mega-Wissensspeicher“ Internet im Kern demokratisch sei.¹⁵ Das Internet gilt als flexibles und dereguliertes Medium par excellence; es soll beispielsweise die sozialen Akteure – die Menschen – von passiven Fernsehkonsumenten zu aktiven „Helden der Freizeit“¹⁶ umwandeln. Darüber hinaus ändern sich durch den lebensweltlichen Einbezug heutiger Kommunikationssysteme auch die personalen Kommunikationsstrukturen. So lassen sich zum Beispiel durch *e-mail* oder *chat* räumlich weit gestreute soziale Netzwerke leichter als vor Einführung dieser Technologien aufrechterhalten. Die Kommunikation ohne körperliche Anwesenheit

13 *Anmerkung der Redaktion*: Siehe hierzu den Beitrag von Detlef Joscok in diesem Heft.

14 Vgl. Karin Knorr Cetina, Sozialität mit Objekten. Soziale Beziehungen in post-traditionalen Wissensgesellschaften, in: Werner Rammert (Hrsg.), Technik und Sozialtheorie, Frankfurt/M. – New York 1998, S. 83–120.

15 Vgl. u. a. Mike Featherstone, Globale Stadt, Informationstechnologie und Öffentlichkeit, in: Claudia Rademacher/Markus Schroer/Peter Wiechens (Hrsg.), Spiel ohne Grenzen? Ambivalenzen der Globalisierung, Opladen 1999, S. 169–201; Nicholas Negroponte, Total digital. Die Welt zwischen 0 und 1 oder Die Zukunft der Kommunikation, München 1997; Howard Rheingold, Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers, Bonn 1994.

16 André Gauron, Das digitale Zeitalter, in: Stefan Bollmann (Hrsg.), Kursbuch Neue Medien. Trends in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur, Mannheim 1995, S. 35.

wird zu einem charakteristischen Merkmal der kulturellen Sphäre in der Wissensgesellschaft.¹⁷ Kultur erscheint in Beiträgen, die sich auf das Label Wissensgesellschaft berufen, als enormes Angebot, das dem individuellen Zugriff unmittelbar, unterschiedslos und jederzeit offen steht.

Wie die Ausführungen bereits erkennen lassen, scheint die Debatte um Wissensgesellschaften mit Ambivalenzen behaftet zu sein. Während sich einerseits in den Bereichen Ökonomie, Politik und Bildung eine durch Informations- und Kommunikationstechnologien verursachte Verschärfung der Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, ein Abbau sozialer Sicherungssysteme sowie eine Zunahme der Kompetenzzumutungen im schulischen Kontext beobachten lässt, soll andererseits dieselbe Technologie im Bereich der kulturellen Sphäre enthierarchisierende Konsequenzen mit sich bringen. Es bezeichnet ein dominantes Merkmal sowohl der fach- als auch der populärwissenschaftlichen Debatte, dass mit der Entwicklung zu Wissensgesellschaften die Hoffnung auf eine mittel- bis langfristige Reduzierung sozialer Ungleichheiten verbunden wird. So ist nicht nur für den ehemaligen Bildungsminister Jürgen Rüttgers die „Wissensgesellschaft . . . kein exklusiver Club mit Zugangsbeschränkung“¹⁸, sondern bis in die jüngsten theoretischen Publikationen hinein wird auf die enorme Steigerung der Handlungsoptionen und -kapazitäten für jede/n Einzelne/n hingewiesen und die Zunahme von Flexibilität, Heterogenität und Volatilität sozialer Strukturen betont.¹⁹

Die Ambivalenzen resultieren aus drei zentralen Defiziten des augenblicklichen Wissensgesellschaftsdiskurses: *Erstens* ist bislang auf die systematische Einbeziehung kultursoziologischer Theorien verzichtet worden – um den Preis eines lediglich an die Technikentwicklung angelehnten Konzepts von Kultur. *Zweitens* bleiben die zentralen theoretischen Konzepte bei einer Makroperspektive stehen und leiten aus Strukturdaten veränderte Denk- und Handlungsmuster oder gar Lebensführungen ab. Defizitär bleibt mithin die Analyse der Handlungsebene der sozialen Akteure unter wissenschaftlichen Bedingungen. *Drittens* krankt der Diskurs daran, dass

bislang kein angemessenes Verständnis der Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit in Wissensgesellschaften vorliegt. Diejenigen Studien zur Wissensgesellschaft, in denen überhaupt die Ebene der sozialen Ungleichheit thematisiert wird, bleiben an der Oberfläche. Das Verhältnis zwischen makrostrukturellem Wandel und individuellen Zugriffschancen wird nicht thematisiert.²⁰ Für welche sozialen Gruppen die aufgezeigten Entwicklungen welche Konsequenzen in Form von Optionen und Restriktionen zeitigen, bleibt in der Debatte unklar. Zwingend ist deshalb ein Perspektivenwechsel, der die Ebene des makrostrukturellen Wandels wieder stärker mit der Perspektive handelnder sozialer Akteure verbindet.

II. Individuelle Teilnahmevoraussetzungen für Wissensgesellschaften

Einen fruchtbaren Anknüpfungspunkt für die Frage nach den unmittelbaren Konsequenzen des skizzierten Wandels für soziale Akteure bieten neuere arbeits- und industriesoziologische Untersuchungen. Die wissensinduzierten und politisch katalysierten Umstrukturierungen im ökonomischen Feld begannen bekanntlich in den siebziger Jahren, aber erst seit den neunziger Jahren haben sie als betriebliche Reorganisationsprozesse eine bislang unbekannte Qualität und Reichweite erlangt.²¹ Diese betrieblichen Reorganisationsprozesse zielen vor allem auf die erweiterte Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Arbeitenden, und das in dreifacher Hinsicht:

Erstens ist durch den Wegfall der stabilen lebenslangen Berufs- bzw. Arbeitsperspektive und die mittlerweile massenhaft verbreitete Erfahrung von Arbeitslosigkeit sowie die damit einhergehenden empfindlichen Einkommenseinbußen eine stete Orientierung am und Beobachtung des Arbeitsmarktes für alle sozialen Akteure erforderlich geworden.²² Wenn diese erfolgreich den Arbeits-

17 Vgl. hierzu Peter A. Berger, Kommunikation ohne Anwesenheit. Ambivalenzen der postindustriellen Wissensgesellschaft, in: C. Rademacher/M. Schroer/P. Wiechens (Anm. 15), S. 145–167.

18 Jürgen Rüttgers, Zeitenwende – Wendezeiten. Das Jahr 2000 Projekt: Die Wissensgesellschaft, Berlin 1999, S. 22.

19 Vgl. u. a. Nico Stehr, Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der Ökonomie, Frankfurt/M. 2001, S. 378. Anmerkung der Redaktion: Siehe auch den Beitrag von Nico Stehr in diesem Heft.

20 Von dieser Diagnose ist der Beitrag Peter A. Bergers (Anm. 17) auszunehmen, der sich um eine Vermittlung beider Dimensionen bemüht.

21 Vgl. G. Günter Voß/Wolfgang Pongratz, Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50 (1998) 1, S. 133.

22 Nach Richard Sennett muss beispielsweise ein jüngerer Amerikaner mit zweijährigem Studium in seinen vierzig Arbeitsjahren wenigstens elfmal die Stelle wechseln und dreimal

markt beobachten und von sich aus den Arbeitsplatz wechseln, resultiert daraus meistens eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Das bedeutet, dass sehr wohl eine Optionssteigerung durch die Flexibilisierung in der Arbeitswelt zu konstatieren ist. Wenn hingegen durch äußere Umstände wie Stellenabbau, Betriebsschließung oder -auslagerung berufliche Mobilität erzwungen wird, sind in aller Regel eine berufliche Verschlechterung oder infolge längerer Arbeitslosigkeit Selektions- und Marginalisierungsprozesse die Folge. Dabei gibt es einen klaren statistischen Zusammenhang zwischen den vorhandenen Bildungsressourcen und der Richtung der Mobilität: „Je höher das Bildungs- und Qualifikationsniveau . . ., umso erfolgreicher verlaufen die beruflichen Wechselprozesse.“²³

Zweitens werden von den sozialen Akteuren erweiterte Kompetenzprofile erwartet. Immer wichtiger wird die Fähigkeit zur Kommunikation und zur Teamorientierung, und zwar bis in den unmittelbaren Produktionsprozess hinein. Dabei werden fundierte Fachkenntnisse nicht etwa ersetzt, sondern erhalten den Status einer selbstverständlichen Handlungsressource. Zentral ist weiterhin die Beherrschung von Metakompetenzen im Rahmen eines Wissens zweiter Ordnung, das darauf abzielt, die eigenen Fähigkeiten ständig im Sinne eines Kompetenzmanagements zu erweitern. In der Literatur sind Konzepte zur aktiven und selbstbewussten Begegnung der gesamtgesellschaftlich gestiegenen biografischen Unsicherheit benannt worden: Dazu zählen beispielsweise eine „umfassende Selbstökonomisierung“, „Selfdevelopment“, „Selbstvermarktung“, „aktive Biografisierung“, „Emotionsmanagement zur Selbstmotivation“ und „individuelle Sinngebung“²⁴.

Drittens wird im Zuge neuer betrieblicher Organisationsformen der Zwang zur Errichtung eines flexiblen Zeitmanagements externalisiert. So genannte „new forms of work“, zu denen eine Renaissance der Heimarbeit wie auch Arbeitsbeibringungen oder Werkverträge, Leiharbeit oder

seine Kenntnisbasis austauschen. Vgl. Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Darmstadt 1998, S. 25.

23 Ursula Hecker, *Berufliche Mobilität und Wechselprozesse*, in: Werner Dostal/Rolf Jansen/Klaus Parmentier (Hrsg.), *Wandel der Erwerbsarbeit: Arbeitssituation, Informatisierung, berufliche Mobilität und Weiterbildung*, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 231, Nürnberg 2000, S. 97.

24 Vgl. Günter G. Voß, *Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit*, in: *Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)*, (1998) 3, S. 483 ff.

Teilzeitarbeit, Subunternehmertum und Outsourcing zu zählen sind, zwingen den Menschen ein Zeitregime auf, das die mit der klassischen Industriegesellschaft verbundene Trennung zwischen heteronomer Arbeit und mehr oder weniger selbstbestimmter Freizeit faktisch aufhebt. Stabile zeitliche Strukturierungen innerhalb der Arbeitswelt werden immer stärker betrieblich zurückgefahren, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse entgrenzt. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Alltagsorganisation, weil auf der Ebene der Lebensstile oder Lebensführung die Planung der Freizeit stärker als bislang die Kompatibilität mit flexiblen betrieblichen Zeitregimen berücksichtigen muss. Günter G. Voß spricht in diesem Zusammenhang sehr treffend von der „Verarbeitlichung des Alltags“²⁵.

Auch diese Entwicklung hält Optionen bereit, allerdings lediglich für diejenigen, die es verstehen, mit Zeit souverän umzugehen, und welche die hierfür erforderlichen *Unsicherheitsbewältigungskompetenzen* im Sinne Peter A. Bergers²⁶ erworben haben. Die *systematisch gestiegene* Zunahme von Unsicherheit und Flexibilitätszumutungen gilt es zu verarbeiten. Entscheidend dabei ist, ob damit eine individuelle Mobilität oder aber die Reproduktion des sozial ungleichen Status quo einhergeht. Im Kontext der skizzierten Folgen des Wandels für jede/n Einzelne/n nimmt die individuelle Verfügung über Bildung offenbar eine Schlüsselstellung ein. Sie ist eine notwendige Voraussetzung für die Ausbildung von in Wissensgesellschaften wichtigen Kompetenzen zur Bewältigung von Unsicherheiten. Damit rückt die Frage nach schulischen Bildungsvermittlungsprozessen in den Mittelpunkt.

III. Soziale Polarisierung durch Wissen

In der Bildungssoziologie herrscht Konsens darüber, dass durch die Bildungsexpansion seit den

25 Ebd., S. 482.

26 Der Begriff der Bewältigungskompetenzen lässt sich anders als der *coping*-Begriff, der vor allem in der Armutsforschung Verwendung findet, an gesellschaftliche Erfolgsschreibungen, d. h. an die Akkumulation von Bildungsressourcen rückbinden. Vgl. Peter A. Berger, *Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt*, Opladen 1996, S. 42–45; ders., *Sozialstruktur und Lebenslauf*, in: Jürgen Mansel/Klaus-Peter Brinkhoff (Hrsg.), *Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und die psychosozialen Folgen*, Weinheim – München, S. 17–28.

siebziger Jahren eine paradoxe Bewegung eingesetzt hat.²⁷ Der Besitz hoher formaler Bildungstitel hat durch seine „inflationäre“ Verbreitung seine Garantiefunktion in Hinblick auf die Erreichung hoher Einkommen und hohen Prestiges eingebüßt. Deswegen müssen mittlerweile neben den formalen Abschlüssen Schlüsselqualifikationen (so genannte *soft skills*) erworben werden, mit denen auch auf die veränderten Kompetenzanforderungen in der Ökonomie durch die „Informatisierung“ der Arbeit oder die Abkehr vom klassischen Taylorismus reagiert wird. Auf der anderen Seite ist ein formaler Bildungsabschluss aber zur *Condition sine qua non* für eine gehobene Position im sozialen Raum geworden. Trotz gestiegener biografischer Risiken ist die Investition in Bildungsabschlüsse immer noch die „beste Versicherung“ gegen Erwerbslosigkeit. Beispielsweise betrug 1999 die Arbeitslosenquote bei Hochschulabsolventen, Meistern und Technikern etwa 5 Prozent, bei Lehrberufsabsolventen 8 und bei Unqualifizierten 18 Prozent.²⁸ So wird im *ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* herausgestrichen, dass das „weitaus größte Arbeitslosigkeitsrisiko . . . Männer und Frauen ohne formalen und beruflichen Ausbildungsabschluss (tragen), d. h., berufliche Ausbildungsdefizite führen bezüglich der Erwerbslage zu außerordentlich hohen Risiken“²⁹.

Auch in der Verteilung der Einkommen spiegelt sich eine *soziale Polarisierung durch Wissen* wider. Zwar stiegen die Löhne aller Erwerbstätigen zwischen 1982 und 1995 an, der Graben zwischen Akademikern und Nichtakademikern vertiefte sich aber³⁰. Vor dem Hintergrund eines stabilen Zusammenhanges zwischen Bildungsabschlüssen und Einkommen ist im Zeitraum von 1973 bis 1998 die Einkommensungleichheit aus Erwerbstä-

tigkeit in Westdeutschland tendenziell gestiegen. Auch in Ostdeutschland kam es infolge höherer Arbeitslosigkeit zu einem Anstieg der Ungleichheit. Die Schere zwischen den Spitzenverdienern und den Beziehern von staatlichen Transfereinkommen und Geringverdienern ist weiter geöffnet denn je. Dabei ist „eine im Zeitverlauf nachlassende staatliche Umverteilung zugunsten des unteren Einkommensbereichs festzustellen“³¹.

Durch die Bildungsexpansion und die Entwicklungen in der Ökonomie wurden neue gesamtgesellschaftliche Standards geschaffen, die diejenigen, welche ihnen nicht genügen, weiterhin einem hohen Armutsrisiko im Kontext instabiler Lebenslagen aussetzen. Ironischerweise wird in zahlreichen politischen Gutachten zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nicht nur die Aus- und Weiterbildung der Un- oder Geringqualifizierten, sondern auch die Senkung ihrer Arbeitslöhne in einem ohnehin ungleichen Einkommensverteilungssystem empfohlen.³²

Den meisten Konzepten liegt ein *Sedimentierungsmodell des Wissens* zugrunde, dem zufolge Wissen „in the long run“ auch den Akteuren zur Verfügung steht, die sich im unteren Bereich des sozialen Raums bewegen, und von dem sie, auch wenn sie gegenwärtig noch ausgeschlossen sind, profitieren werden.³³ Diese mit der Wissensgesellschaft verbundenen Hoffnungen auf mehr Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit erweisen sich allein schon durch die stabile Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungssystem als naiv. Kennzeichnend für die soziale Struktur in Wissensgesellschaften ist, dass das mit schulischem Misserfolg verbundene Armutsrisiko eben nicht gesellschaftlich kontingent, sondern herkunftsbedingt sozial ungleich verteilt ist. Der trotz der Bildungsexpansion weiterhin beobachtbare Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem wahrscheinlichen Bildungserfolg ist vielfach nachgewiesen. In der Treitmühle um höhere Schulabschlüsse haben dabei zwar die Kinder der Mittelschichten gegenüber den Oberschichtskindern aufholen können (*ceiling-Effekt*). Kinder von – vor allem ungelerten – ArbeiterInnen haben aber „weiter an Boden verloren“³⁴. Auf der Ebene der Bildungsabschlüsse ist also eine Reproduktion der

27 Vgl. zum Beispiel Walter Müller, Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion, in: Jürgen Friedrichs/M. Rainer Lepsius/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*, Sonderheft Nr. 38 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1998, S. 81–112.

28 Vgl. Deutschland braucht eine moderne Innovationspolitik. Pressemitteilung des BMBF vom 22. 01. 1999 [URL: <http://www.bmbf.de/deutsch/veroeff/presse/pm99/pm012299.htm>]. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge stieg die Arbeitslosenquote von Unqualifizierten im Zeitraum von 1975 bis 1997 von 6 Prozent auf 24 Prozent.

29 *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bd. 1 – Bericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 2001, S. 130.

30 Vgl. Marcus Butz, Lohnt sich Bildung noch?, in: Peter A. Berger/Dirk Konietzka (Hrsg.), *Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten*, Opladen 2001, S. 95–117.

31 *Lebenslagen in Deutschland* (Anm. 29) S. 42.

32 Vgl. u. a. Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands (Anm. 9), S. 100.

33 Vgl. z. B. Nico Stehr (Anm. 19), S. 376.

34 Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung*, 2., neubearb. und erw. Aufl., Opladen 1996, S. 260.

„vorwissensgesellschaftlichen“ sozialen Ungleichheitsstrukturen zu konstatieren. Insofern *bleiben auch die mit den wissensgesellschaftlichen Entwicklungen verbundenen Optionssteigerungen nach wie vor sozial ungleich verteilt*.

Um ein erstes *Fazit* zu ziehen: Angesichts der skizzierten Veränderungen, die für alle sozialen Akteure neue, vor allem bildungsgesteuerte Standards setzen und auf diese Weise zu gewandelten Vergesellschaftungsbedingungen führen, ist die Verwendung des Labels *Wissensgesellschaft* zunächst berechtigt. Allerdings können nur diejenigen an der wissensgesellschaftlichen Optionssteigerung partizipieren, welche die neuen Standards in Form von Schulabschlüssen und weiterführenden Kompetenzen halten können. Zugleich werden durch weitere Einschnitte ins soziale Netz und Lohnsenkungen für un- oder gering qualifizierte Arbeitskräfte die Polarisierungstendenzen weiter verstärkt. Im Kontext der sozial ungleichen Reproduktion schulischer Bildungspatente und des Erwerbs der Kompetenzen, die mittlerweile als selbstverständlich gelten, wird in der Wissensgesellschaft mithin auch *systematisch* die Zahl jener steigen, die aufgrund fehlender oder mangelnder Qualifikation gerade nicht an den Segnungen der Wissensgesellschaft partizipieren können. Deshalb bleibt die Rede von der *Wissensgesellschaft* mindestens ambivalent, die Hoffnungen auf eine durchgesetzte Leistungsgerechtigkeit im Kontext der sozial nivellierenden Wirkung von Technik scheinen ohnehin naiv. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Techniksysteme, mit denen in der Debatte um Wissensgesellschaften oft utopische Hoffnungen verbunden werden, sind eher das Problem als die Lösung.

IV. Kultur als enthierarchisierte Sphäre der Wissensgesellschaft?

In Wissensgesellschaften soll sich die kulturelle Sphäre – wie bereits erwähnt – durch eine Enthierarchisierung aufgrund gesamtgesellschaftlicher Optionssteigerungen und neue Informations- und Kommunikationstechnologien auszeichnen. Diese These findet zum Teil in neueren kultursoziologischen Studien als Diversifizierung und Pluralisierung von Lebensstilen ihre Entsprechung. Das reicht bis hin zur Auffassung, dass sich in Deutschland fünf Erlebnismilieus bestimmen ließen, die sich gegenseitig, wenn überhaupt, verwundert oder

desinteressiert beobachteten.³⁵ Die kulturelle Sphäre hat sich in dieser Perspektive von den Basisinstitutionen der Gesellschaft radikal entkoppelt. Beispielsweise wird der sozialen Herkunft keine prägende Funktion mehr für die individuelle Wahl der Freizeitaktivitäten und Präferenzen zugeschrieben. Den sozialen Akteuren, heißt es, obliege die Wahl, aus einem enormen kulturellen Angebot zu selektieren. Es ist nicht überraschend, dass dem Internet in diesem Kontext eine herausragende Bedeutung zugeschrieben wird.

Dagegen lassen sich verschiedene Argumente ins Feld führen. Zunächst setzt die Verfügung über ökonomisches Kapital oder aber der Umfang der gestaltbaren Freizeit Grenzen. Darüber hinaus lässt sich nach wie vor empirisch ein deutlicher Zusammenhang zwischen der milieuspezifischen sozialen Herkunft und den Präferenzmustern nachweisen. Die kulturellen Praktiken bleiben folglich (im Rahmen statistischer Wahrscheinlichkeiten) an die soziale Lage der Menschen gekoppelt und dokumentieren diese wiederum.³⁶

Schließlich ist davon auszugehen, dass es in der kulturellen Sphäre nach wie vor Hierarchien gibt. Die Annahme veränderter enthierarchisierter Wahrnehmungsmuster sozialer Akteure aufgrund des gesellschaftlichen Wandels in den Sphären Ökonomie oder Politik ist falsch. Die kulturellen Praktiken bleiben mit dem marktwirtschaftlich-konkurrenzorientierten Moment der Vergesellschaftung vermittelt und behalten deshalb ihren Status der Dokumentation der jeweiligen Stellung im sozialen Raum.³⁷ Die durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien zweifellos vor-

35 Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt/M. – New York 1992; Thomas Müller-Schneider, *Schichten und Erlebnismilieus. Der Wandel der Milieustruktur in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1994.

36 Dieses Argument wird auch in den Studien der Hannoveraner Arbeitsgruppe um Michael Vester immer wieder hervorgehoben und empirisch untermauert. Vgl. z.B. Michael Vester u.a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt/M. 2001; ders./Daniel Gardemin, *Milieu und Klassenstruktur. Auflösung, Kontinuität oder Wandel der Klassengesellschaft?*, in: Claudia Rademacher/Peter Wiechens (Hrsg.), *Geschlecht – Ethnizität – Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz*, Op-laden 2001, S. 219–274.

37 Vgl. zum grundlegenden Mechanismus Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1982; ausführlicher zur fortgesetzten kulturellen Hierarchie Uwe H. Bittlingmayer, *Askese in der Erlebnisgesellschaft. Eine kultursoziologische Untersuchung des Konzepts nachhaltige Entwicklung am Beispiel des Car-Sharing*, Wiesbaden 2000, Kap. 5–7; Thomas Schnierer, *Von der kompetitiven Gesellschaft zur Erlebnisgesellschaft? Der „Fahrstuhl-Effekt“*, die subjektive Rele-

handenen Optionen und Potenziale treffen – wie in allen vergleichbaren historischen Situationen bisher – auf mit herkunftsbedingt ungleichen Startchancen ausgerüstete soziale Akteure.

V. „Spätkapitalismus“ oder „Wissensgesellschaft“? – Ein Ausblick

Mit dem Hinweis auf stabile bildungsvermittelte soziale Ungleichheiten und die fortdauernde Hierarchie in der kulturellen Sphäre werden die mit der Wissensgesellschaft verbundenen Hoffnungen auf eine mittel- bzw. langfristige Enthierarchisierung und Nivellierung des sozialen Gefüges durch weiteren technischen Fortschritt und Sedimentierung des gesamtgesellschaftlich gestiegenen Wissens von ihren Verfechtern keineswegs ad acta gelegt. In der hoffnungsgeleiteten Perspektive auf Wissensgesellschaften werden bestehende Ungleichheiten, sofern sie bemerkt werden, als provisorische Differenzen konstruiert. In Wissensgesellschaften soll eine jede oder ein jeder damit rechnen können, dass sie oder er in Zukunft mehr erhalten: „Eine solche Projektion der Wünsche auf den Horizont der Zukunft beruhigt das Spiel heute und gibt dem sozialdemokratischen Ideal eines fortschreitenden Abbaus der Ungleichheiten einen Kredit für morgen.“³⁸

Es ist unklar, worauf diese Hoffnungen beruhen. Weder hat beispielsweise die Bildungsexpansion zu einer Chancen- oder Leistungsgerechtigkeit beigetragen, noch sind durch die Produktionssteigerungen der letzten Jahrzehnte Phänomene

sozialer Ungleichheit verschwunden. Die Gesellschaften, die auf Konkurrenz- und Marktmechanismen als zentralen Vergesellschaftungsinstanzen aufbauen, produzieren systematisch sozial ungleiche Lebenslagen und Lebenschancen. Zwar werden diese seitens der Politik zum Teil durch Maßnahmen der Umverteilung abgefedert, aber an dem grundsätzlichen Mechanismus der Ungleichheitsproduktion hat sich seit zweihundert Jahren letztlich nur wenig geändert.

Damit sollen nicht die Lebensverhältnisse eines Wanderarbeiters des frühen 19. Jahrhunderts mit denen eines Arbeitslosen heute gleichgesetzt und die Rolle der Produktionssteigerungen und technischen Entwicklung heruntergespielt werden. Es ist jedoch abwegig anzunehmen, dass sich in Konkurrenzgesellschaften durch die technische Entwicklung die Mechanismen der „Produktion“ sozialer Ungleichheit außer Kraft setzen ließen; zumal sich die politische Sphäre in Wissensgesellschaften – wie oben angedeutet – dadurch auszeichnet, dass politische Regulierung und Redistribution im Kontext einer neoliberalen Ideologie gerade zurückgefahren werden. Insofern ist in Anlehnung an Theodor W. Adornos allgemeines Postulat nach wie vor bedeutsam, dass *nach dem Stand der technischen Entwicklung* Gesellschaften heute als *Wissensgesellschaften* bezeichnet werden können, *nach dem Stand der ökonomischen und politischen Struktur* noch immer als *kapitalistische*.³⁹ Eine zeitdiagnostische Soziologie, die hiervon abstrahiert, verkürzt unzulässig.

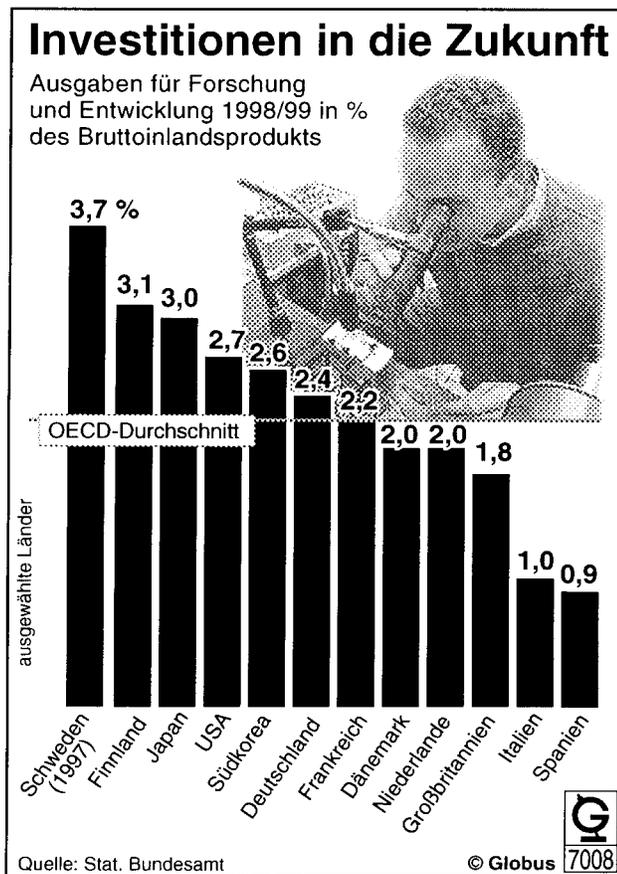
Internetverweise des Autors:

www.bmbf.de
www.undp.org

vanz der sozialen Ungleichheit und die Ventilfunktion des Wertewandels, in: Zeitschrift für Soziologie, 25 (1996) 1, S. 71–82.

³⁸ Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 326.

³⁹ Theodor W. Adorno, Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag, in: ders., Soziologische Schriften I, Frankfurt/M. 1979, S. 354–370.



Arbeitsplätze von morgen

Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind Investitionen in die Zukunft. Denn was heute vielleicht nur als Entwurf auf dem Reißbrett existiert, sichert morgen die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Im internationalen Vergleich schwanken die Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung zwischen knapp einem Prozent und über dreieinhalb Prozent an der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) der Länder. Die höchsten Forschungsausgaben leisten sich Schweden und Finnland mit 3,7 Prozent und 3,1 Prozent des BIP. Die beiden Länder liegen damit über dem Durchschnitt aller Industrieländer (2,2 Prozent) – nicht zuletzt deshalb, weil die großen Telekommunikationsunternehmen erhebliche Summen in die Forschung investieren. Deutschland hat seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 1999 auf 2,4 Prozent (1998: 2,3 Prozent) erhöht. In absoluten Zahlen bedeutet das einen Anstieg von 87,3 auf 92,2 Milliarden Mark pro Jahr.

Quelle: Globus Infografik GmbH; Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt.